



# Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.280172 / 924/2018/00002

Datum:

Für:

Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol  
sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

## Protokoll der 11. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 30. April 2019

|                    |                            |  |
|--------------------|----------------------------|--|
| <b>Vorsitz:</b>    | Luzius Mader               | Präsident<br>Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz                        |
| <b>Mitglieder:</b> | Elsbeth Aeschlimann        | Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen  |
|                    | Urs Allemann               | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener  |
|                    | Barbara Studer Immenhauser | Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) |
|                    | Lisa Yolanda Hilafu        | Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene   |
|                    | Maria Luisa Zürcher        | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe   |
|                    | Christian Raetz            | Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»   |
| Entschuldigt:      | Laetitia Bernard           | Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe  |
|                    | Guido Fluri                | Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener   |
| <b>Ex officio:</b> | Iris Widmer                | Bundesamt für Justiz / stv. Leiterin Fachbereich FSZM  |
| Entschuldigt:      | Reto Brand                 | Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM   |
| <b>Protokoll:</b>  | Simone Anrig               | Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM  |

## 1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigt haben sich Laetitia Bernard und Guido Fluri. Reto Brand wird heute von seiner Stellvertreterin, Iris Widmer, vertreten.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 26. Februar 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. (Schreiben vom 10. April 2019 sowie Nachtrag vom 11. April 2019). Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder wünscht, dass der Versand dieser Unterlagen auch weiterhin in Papierform erfolgt und nicht auf elektronischem Weg.

Auf eine entsprechende Anfrage hin wird das Bundesamt für Justiz (BJ) abklären, ob den Mitgliedern der beratenden Kommission aufgrund des grossen Aufwandes für die Sitzungsvorbereitung jeweils ein zusätzliches Taggeld zu entrichten sei.

Der Präsident informiert, dass im Rahmen der zusätzlichen Ausschreibung im NFP 76 nun noch die vier folgenden Themenfelder bearbeitet werden können, um bestehende Forschungslücken zu schliessen: „Wechselwirkungen zwischen nichtstaatlichen Akteuren und Staat“, „Recht, Verfahren, Rechtsmittel“, „ökonomische Verflechtungen“, „Transgenerationale Weitergabe von sozialen, materiellen und psychischen Nachteilen“. <sup>1</sup> Der Start dieser Projekte ist für Herbst 2019 vorgesehen. Ein fünftes Projekt zum Thema „Kindswegnahme und Adoption in Zwangssituationen“ kam leider im Rahmen des NFP 76 nicht zustande, wird aber allenfalls anderweitig weiterverfolgt.

Der Präsident informiert im Weiteren, dass der Nationalfond für Herbst 2019 einen Anlass zusammen mit der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen plant. Im Juni 2020 wird es zudem einen Anlass zum Thema der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Thematik in anderen europäischen Ländern geben.

Bereits anlässlich der letzten Kommissionssitzung wurde darüber informiert, dass Forschende (insbes. des NFP 76) das BJ um Herausgabe der Kontaktadressen von Opfern ersucht hatten. Das BJ hat nun eine erste Liste mit rund 2000 Adressen von Personen geliefert, die bereit sind, im Rahmen von Forschungsprojekten Auskünfte zu geben. Diese Liste wird voraussichtlich im August/September 2019 aktualisiert. Eine dritte Aktualisierung ist per Ende 2019 vorgesehen. Bisher wurden diese Daten für drei Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt.

Der Präsident weist im Weiteren darauf hin, dass sich ein Projekt im Rahmen des NFP 76 auch mit den Entscheidungsabläufen bei der politischen Aufarbeitung der Thematik befasst. Es ist möglich, dass die Kommissionsmitglieder dazu kontaktiert werden.

Die Arbeiten der UEK sind in der Schlussphase: die sektoriellen Berichte und der Synthesbericht werden fertiggestellt. Zudem reist von Mitte März bis Anfang Juni 2019 die Wanderausstellung „Ausgegrenzt & weggesperrt“ durch 12 Schweizer Städte, begleitet von Veranstaltungen an verschiedenen Orten. <sup>2</sup>

Der Präsident weist auf die parlamentarischen Vorstösse von Nationalrat Beat Jans hin (Frage an den Bundesrat Nr. 18.5706 vom 3. Dezember 2018 sowie Motion Nr. 18.4295 vom 14. Dezember 2018), mit welchen eine Verlängerung der Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag bis zum 31. Dezember 2022 verlangt wird. Der Bundesrat

---

<sup>1</sup> Siehe auch [www.nfp76.ch](http://www.nfp76.ch)

<sup>2</sup> Weitere Informationen verfügbar unter [www.uek-administrative-versorgungen.ch/veranstaltungen](http://www.uek-administrative-versorgungen.ch/veranstaltungen)

hat darauf abschlägig geantwortet<sup>3</sup>, aus Sicht des Kommissionspräsidenten mit guten Gründen. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass das BJ eine Praxis im Umgang mit der Möglichkeit der Fristwiederherstellung entwickelt habe, um denjenigen Fällen angemessen Rechnung zu tragen, bei denen die Betroffenen tatsächlich Hinderungsgründe bestanden, die dazu führten, dass das Gesuch ohne Verschulden nicht rechtzeitig eingereicht werden konnte.

Urs Allemann berichtet, dass bisher fünf Erzählbistros durchgeführt worden seien. Am 30. Juni 2019 finde zudem erneut das Sommerfest in Mümliswil statt. Im Herbst 2019 sind dann ein bis zwei weitere Erzählbistros geplant, eines davon in Fribourg unter der Leitung von Nationalrätin Schneider-Schüttel. Es sei beeindruckend, wie die geschulten und erfahrenen Moderatorinnen es immer wieder schafften, eine ganze Runde von Betroffenen zum Erzählen zu bringen. Zudem entfalte die Teilnahme über die Betroffenen hinaus auch Wirkung auf deren Familien, innerhalb derer über die Erlebnisse teilweise erstmals weitergeredet werden könne. Zudem würden auch neue Angebote entstehen, welche das Modell des Erzählbistros übernehmen.

Urs Allemann weist darauf hin, dass er gerade im Nachgang zu den Erzählbistros leider immer wieder Reaktionen von Betroffenen erhalte, wonach sie von den Anlaufstellen manchmal nicht optimal betreut würden. Elsbeth Aeschlimann regt an, die Anlaufstellen jeweils über die Termine der Erzählbistros vorgängig zu informieren, damit sie nachfolgende Anfragen von Betroffenen auffangen könnten. Der Präsident hält fest, dass die Anlaufstellen ihre wichtige Aufgabe bei der Unterstützung der Betroffenen bei der Einreichung der Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag sehr gut erfüllt hätten. Er weist aber auch darauf hin, dass der Beratungsauftrag der Anlaufstellen in Artikel 14 des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) geregelt sei und sich dieser zeitlich und sachlich nicht auf die Gesuchseinreichung beschränke. Es sei aber verständlich, wenn bei den Anlaufstellen nach drei Jahren, in denen Fälle nach AFZFG prioritär behandelt worden seien, jetzt wieder Opferhilfefälle im Vordergrund stehen würden. Die zusätzlichen Ressourcen, welche in der akuten Phase für die Beratung nach AFZFG zur Verfügung gestanden seien, seien jetzt leider meist nicht mehr vorhanden. Wenn die Beratung heute nicht mehr immer optimal sei, so fehle es sicher nicht an der Bereitschaft der Anlaufstellen, sondern leider an den Ressourcen. Der Präsident schlägt deshalb vor, dass der nach wie vor bestehende gesetzliche Auftrag nach Artikel 14 AFZFG (Beratung und Unterstützung für Betroffene und deren Angehörige) und die diesbezügliche Ressourcenproblematik allenfalls beim nächsten Jahrestreffen der SODK, durch das BJ eingebracht werden könnte. Das BJ wird dies prüfen.

Barbara Studer informiert, dass die Schweizerische Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) für den 14. November 2019 eine Tagung im Berner Grossratssaal plant. Im Zentrum steht die Thematik der Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung aus Sicht der Archive. Eine Publikation ist ebenfalls geplant.

Barbara Studer erwähnt im Weiteren, dass am 4. März 2019 im Grossen Rat des Kantons Bern von Hervé Gullotti und Tanja Bauer eine Motion eingereicht worden sei, mit welcher die Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen verlangt wird.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Antwort des Bundesrates vom 10. Dezember 2018 auf die Frage von Beat Jans anlässlich der Fragestunde: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20185706>; Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Februar 2019 zur Motion von Beat Jans: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20184295>

<sup>4</sup> Weitere Informationen dazu unter [www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-d6702eb19856424280612d7a24cfedfb.html](http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-d6702eb19856424280612d7a24cfedfb.html)

Lisa Hilafu weist darauf hin, dass betreffend Adoptionsthematik (insbesondere aus der Zeit nach 1976) das BJ verschiedene Akteure zu einer Austauschsitung empfangen habe. Leider seien sich diese Akteure untereinander über das Vorgehen nicht einig. Die Gründung einer Dachorganisation sei deshalb geplant gewesen, diese sei aber bisher immer wieder an der Finanzierung gescheitert. Geplant sei zudem, eine Suchplattform für Betroffene zu errichten. Ein wichtiges Thema seien auch die Auslandadoptionen (insbesondere aus Tibet, Nepal und Sri Lanka, aber nun auch vermehrt aus Afrika und Südamerika). Hier würden in den Papieren häufig die Angaben zu den Eltern nicht stimmen, so dass Familienzusammenführungen nicht möglich seien. Zurzeit ist offen, wie es mit den Bestrebungen in der Adoptionsthematik weitergehe. Abschliessend weist Lisa Hilafu auf das Projekt der ZHAW Soziale „Inlandsadoptionen in der Schweiz“ hin, in welchem die schweizerische Adoptionsgeschichte erforscht wird.<sup>5</sup>

Maria Luisa Zürcher weist darauf hin, dass beim BJ ein Antrag für ein Selbsthilfeprojekt eingereicht worden sei. Es gehe dabei um die Aufarbeitung von transgenerationalen Traumata.

Der Präsident gibt bekannt, dass vom BJ noch nicht viele Verfügungen eröffnet wurden, mit denen das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag abgewiesen worden sei. Bislang sei nur in einem Fall eine Einsprache gegen den Entscheid des BJ erfolgt.

## **2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen**

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versendeten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen Folgendes fest: Bezüglich der Februar-Liste 2019 sind keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen. Bezüglich der Monatslisten März 2019 (Gutheissungen und klare Nichteintretensentscheide) habe es eine Rückmeldung von Urs Allemann und Lisa Hilafu gegeben; der entsprechende Fall wird heute der beratenden Kommission zur Diskussion unterbreitet.

Aus früheren Kommissionssitzungen sind fünf Gesuche offen, die noch nicht abschliessend beraten werden konnten. Dies wird anlässlich der heutigen Sitzung nachgeholt. Die Kommission empfiehlt in 4 Fällen eine Abweisung und in einem Fall werden nochmals weitere Abklärungen gewünscht.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 23 Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (16 Fälle) oder ein Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (6 Fälle) vorschlägt. Zudem wird der bereits erwähnte Fall, der auf der Monatsliste März 2019 vom Fachbereich FSZM zur Gutheissung vorgesehen war, beraten. Total handelt es sich somit um 24 Fälle. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil weder eine fürsorgliche Zwangsmassnahme noch eine Fremdplatzierung vorliegt;
- 7 Gesuche gutzuheissen;
- 13 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 3 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

---

<sup>5</sup> Weitere Informationen dazu unter [https://www.zhaw.ch/no\\_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/](https://www.zhaw.ch/no_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/)

### **3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche**

Der Präsident orientiert, dass von der beratenden Kommission bis zur letzten Sitzung vom 26. Februar 2019 insgesamt 3'984 Gesuche geprüft worden seien.

Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten Februar 2019 und März 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 1'089 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 13 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden.

Für die heutige Sitzung seien 23 Gesuche traktandiert (vgl. Ziff. 2)

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission behandelten Gesuche betrage nun total 5'109 Gesuche.

Überdies sind bereits rund 500 weitere Gesuche auf der April-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsehe. Diese Liste wird anfangs Mai 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versandt.

### **6. Selbsthilfe-Projekte**

Seit der letzten Kommissionssitzung gibt es beim Stand der Selbsthilfeprojekte keine grossen Änderungen. Generell kann festgehalten werden, dass die mit den Projekten insgesamt beantragten Beträge die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel übersteigen.

### **7. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 25. Juni 2019, von 10 bis ca. 16.30 Uhr statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 16.15 Uhr.



# Procès-verbal

Référence : COO.2180.109.7.280172 / 924/2018/00002

Date :

Destinataires :

Membres de la Cocosol et autres participants à la  
séance mentionnés ci-dessous

## Procès-verbal de la 11<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Co- cosol) du 30 avril 2019

|                        |                                 |   |
|------------------------|---------------------------------|---|
| <b>Présidence :</b>    | Luzius Mader                    | Président<br>Ancien délégué du DFJP aux victimes de me-<br>sures de coercition à des fins d'assistance et an-<br>cien sous-directeur de l'OFJ |
| <b>Membres :</b>       | Elsbeth Aeschlimann             | Ancienne représentante des points de contact<br>cantonaux   |
|                        | Urs Allemann                    | Ancien membre du comité du fonds d'aide immé-<br>diata, personne concernée  |
|                        | Barbara Studer Immen-<br>hauser | Archiviste cantonale du canton de Berne et<br>présidente de la Conférence des directrices et<br>directeurs d'archives suisses (CDA)           |
|                        | Lisa Yolanda Hilafu             | Ancienne présidente de Zwangsadoption-<br>Schweiz, personne concernée   |
|                        | Maria Luisa Zürcher             | Ancienne membre du comité du fonds d'aide im-<br>médiata  |
|                        | Christian Raetz                 | Chef du Bureau cantonal de médiation du canton<br>de Vaud   |
| <b>Excusé :</b>        | Laetitia Bernard                | Collaboratrice du centre de consultation LAVI du<br>canton de Fribourg, ancienne membre du comité<br>du fonds d'aide immédiate                |
|                        | Guido Fluri                     | Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la répa-<br>ration, personne concernée   |
| <b>Ex officio :</b>    | Iris Widmer                     | OFJ / cheffe suppléante de l'unité MCFA   |
| <b>Excusé :</b>        | Reto Brand                      | OFJ / chef de l'unité MCFA  |
| <b>Procès-verbal :</b> | Simone Anrig                    | OFJ / unité MCFA  |

## 1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Laetitia Bernard et Guido Fluri sont excusés. Reto Brand est représenté par sa suppléante, Iris Widmer.

Le procès-verbal de la séance du 26 février 2019 de la commission a déjà été approuvé par voie de circulaire.

Les documents de la séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt (envoi du 10 avril 2019 et complément du 11 avril 2019). Tous semblent les avoir reçus en temps voulu. La majorité des membres de la commission souhaite continuer de recevoir ces documents sous forme imprimée et non par voie électronique.

L'Office fédéral de la justice (OFJ) va se prononcer sur la demande d'augmentation de l'indemnité journalière pour les membres de la commission, puisque la préparation des séances nécessite toujours une lourde charge de travail.

Le président signale que dans le cadre de la deuxième mise au concours du PNR 76, l'accent va être mis sur quatre thèmes de recherche dans lesquels subsistent des lacunes. Ces thèmes sont : interactions entre acteurs privés et pouvoirs publics ; droits, procédures, voies de recours ; interactions économiques ; et transmission intergénérationnelle des préjudices sociaux, matériels et psychiques<sup>1</sup>. Les projets financés devraient débiter à l'automne 2019. Un cinquième thème, intitulé « Retraits d'enfants et adoptions en situation de coercition » ne pourra malheureusement pas être exploré dans le cadre du PNR 76, mais il le sera peut-être dans un autre contexte.

Luzius Mader indique par ailleurs que le Fonds national suisse a prévu un événement en automne 2019 avec la Commission indépendante d'experts (CIE) sur les internements administratifs. En outre, une rencontre consacrée à la recherche sur ce thème dans les autres pays européens aura lieu en juin 2020.

Lors de la dernière séance, la commission avait appris que des groupes de chercheurs, et en particulier le PNR 76, avaient contacté l'OFJ pour demander des coordonnées de victimes. Celui-ci a depuis livré une liste d'environ 2000 adresses de personnes disposées à répondre aux questions des chercheurs. Cette liste sera probablement actualisée en août ou en septembre 2019, avant une troisième mise à jour à la fin de l'année. Jusqu'ici, ces données ont été mises à la disposition de trois projets de recherche.

Le président informe enfin la commission qu'un des projets réalisés dans le cadre du PNR 76 touche aux processus de décision dans le traitement politique des MCFA. Les membres de la Cocosol seront peut-être contactés à ce sujet.

Les travaux de la CIE approchent quant à eux de leur terme. Les rapports thématiques comme le rapport de synthèse vont être publiés. Par ailleurs, l'exposition itinérante « Exclues & enfermés », accompagnée de ses manifestations annexes, fait étape dans douze villes suisses entre mars et juin 2019<sup>2</sup>.

Le président attire l'attention sur les interventions parlementaires du conseiller national Beat Jans (question 18.5706 pour l'heure des questions du 3 décembre 2018, et motion 18.4295 du 14 décembre 2018), qui demande une prolongation du délai pour déposer les demandes

---

<sup>1</sup> Voir [www.nfp76.ch/fr/](http://www.nfp76.ch/fr/).

<sup>2</sup> Pour de plus amples informations, consulter [www.uek-administrative-versorgungen.ch/exposition](http://www.uek-administrative-versorgungen.ch/exposition).



de contribution de solidarité jusqu'au 31 décembre 2022. Le Conseil fédéral a proposé de rejeter la prolongation du délai<sup>3</sup>, et d'après le président de la commission, à juste titre. Il rappelle à ce propos que l'OFJ a développé une pratique de restitution des délais pour prendre en compte la situation des personnes qui, sans faute de leur part, n'étaient effectivement pas en mesure de déposer une demande à temps.

Urs Allemann indique que cinq bistrots d'échange ont eu lieu jusqu'à maintenant, sans oublier la fête d'été qui aura de nouveau lieu cette année le 30 juin à Mümliswil. Un ou deux bistrots d'échange se tiendront ensuite au cours de l'automne, dont un à Fribourg sous la direction de la conseillère nationale Ursula Schneider-Schüttel. M. Allemann se dit par ailleurs impressionné par la faculté des modératrices, formées et expérimentées, à amener toute une équipe de personnes concernées à raconter leurs expériences. La participation à ces rencontres a également un impact sur les familles des victimes, car ces dernières parviennent parfois pour la première fois à s'ouvrir sur leur vécu après avoir participé à un bistrot d'échange. Par ailleurs, on constate l'apparition de nouveaux événements qui reprennent le modèle du bistrot d'échange.

M. Allemann constate qu'il y a malheureusement toujours des personnes concernées qui, à l'issue de ces rencontres, lui disent n'avoir parfois pas été accompagnées de manière optimale par les autorités. Elsbeth Aeschlimann suggère de prévenir systématiquement les points de contact des dates des bistrots d'échange afin qu'ils puissent se préparer à répondre aux demandes subséquentes des personnes concernées. Le président observe que les points de contact ont réalisé de manière admirable leur rôle essentiel d'accompagnement des personnes concernées pour le dépôt des demandes d'octroi de contribution de solidarité. Il relève également que le rôle de conseil des points de contact, prévu par l'art. 14 de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA), ne se limite pas (thématiquement comme temporellement) au dépôt des demandes. Il est d'ailleurs compréhensible que l'aide aux victimes redevienne la priorité des points de contact qui ont traité des demandes au sens de la LMCFA de manière prioritaire au cours des trois dernières années. Malheureusement, l'essentiel des ressources supplémentaires accordées pour le conseil durant la phase critique n'est plus disponible aujourd'hui. Si l'accompagnement ne s'avérait plus optimal, à n'en pas douter, ce ne serait pas faute de dévouement de la part des points de contact, mais plutôt une conséquence du manque de ressources. M. Mader propose donc que l'OFJ rappelle lors de la prochaine rencontre annuelle de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) le rôle persistant de conseil et de soutien aux personnes concernées et à leurs proches, prévu par l'art. 14 susmentionné, et le manque de ressources à ce sujet. L'OFJ va étudier la question.

Barbara Studer signale que la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA) siégera le 14 novembre 2019 à Berne dans la salle du Grand Conseil. Cette séance sera essentiellement consacrée à la question des mesures de coercition à des fins d'assistance et des placements extrafamiliaux, étudiée sous l'angle des archives, et qui fera d'ailleurs l'objet d'une publication.

Mme Studer indique également qu'Hervé Gullotti et Tanja Bauer ont déposé une motion au Grand Conseil du canton de Berne pour demander la construction d'un lieu de mémoire pour les victimes<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> Réponse du Conseil fédéral du 10 décembre 2018 à la question de Beat Jans : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20185706>

Avis du Conseil fédéral du 20 février 2019 sur la motion de Beat Jans : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20184295>

<sup>4</sup> Pour plus d'informations : <https://www.gr.be.ch/gr/fr/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-d6702eb19856424280612d7a24cfedfb.html>



Lisa Hilafu note que l'OFJ a convié différents acteurs à une réunion sur le thème de l'adoption (en particulier les adoptions postérieures à 1976). Malheureusement, ces acteurs ne sont pas unanimes sur la manière de procéder. La fondation d'une organisation faitière a été envisagée, mais la question du financement fait obstacle. Une plateforme de recherche pour les personnes concernées est également en projet. Les adoptions depuis l'étranger (en particulier du Tibet, du Népal et du Sri Lanka, mais maintenant souvent aussi d'Afrique et d'Amérique du Sud) sont également un thème important, car les données sur les parents sont souvent incorrectes et rendent ainsi impossible la réunification familiale. Il est difficile de savoir pour l'instant quelle direction vont prendre les travaux consacrés aux questions d'adoption. Mme Hilafu signale enfin l'existence d'un projet de recherche du département Travail social de la ZHAW de Zurich, intitulé « Inlandsadoptionen in der Schweiz » (l'adoption nationale en Suisse) et consacré à l'histoire suisse de l'adoption<sup>5</sup>.

Maria Luisa Zürcher évoque un projet d'entraide pour lequel une demande de financement a été déposée à l'OFJ. Le projet serait consacré au traitement des traumatismes transgénérationnels.

Le président observe enfin que l'OFJ a jusqu'ici décidé de ne rejeter qu'un petit nombre de demandes de contribution de solidarité. Par ailleurs, seule une décision de l'OFJ a fait à ce jour l'objet d'une opposition.

## **2. Discussion des dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière ou des cas limites**

Le président relève ce qui suit concernant les listes mensuelles d'approbations proposées qui ont été envoyées depuis la dernière séance. La liste de février 2019 n'a fait l'objet d'aucune objection de la part des membres de la commission. Un des cas figurant sur les listes de mars (approbations et décisions claires de non-entrée en matière) a fait l'objet de retours de la part d'Urs Allemann et de Lisa Halifu, et va être soumis aujourd'hui à l'examen de la commission consultative.

À l'issue des précédentes séances de la commission, cinq demandes étaient restées en suspens. Elles vont être traitées aujourd'hui. La Cocosol recommande de rejeter quatre d'entre elles, et demande des éclaircissements supplémentaires dans le dernier cas.

Vingt-trois demandes ont été soumises à la commission aujourd'hui. Pour 16 d'entre elles, l'unité MCFA recommande un rejet, et pour une d'entre elles une non-entrée en matière. Six demandes lui paraissent constituer des cas limites et exiger une discussion approfondie. Enfin, la commission examine la demande évoquée plus haut qui avait été soumise pour approbation par l'unité MCFA avec la liste de mars 2019, et qui porte ainsi à 24 le total des demandes examinées. Après avoir examiné attentivement chacune d'entre elles, la Cocosol émet les recommandations suivantes :

- non-entrée en matière pour une demande, car il n'y a pas eu de mesure de coercition ni de placement extrafamilial ;
- approbation de 7 demandes ;
- rejet de 13 demandes ;
- renvoi du traitement de 3 demandes en attendant des éclaircissements supplémentaires.

---

<sup>5</sup> Pour plus d'informations : [https://www.zhaw.ch/no\\_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/](https://www.zhaw.ch/no_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/)

### **3. État des demandes pré-examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative**

Le président fait savoir que 3984 demandes au total avaient été examinées au 26 février 2019, date de la dernière séance de la commission consultative. 1089 demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant approbation et énumérées sur les listes de février et de mars 2019 ont depuis été traitées par voie de circulaire.

De plus, 13 demandes n'ont pas fait l'objet d'une entrée en matière, car leurs auteurs font valoir des mesures initiées et exécutées après 1981, et auxquelles la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA) ne s'applique pas. Ces demandes ont également été soumises à l'examen de la commission par voie de circulaire.

Vingt-trois demandes sont à l'ordre du jour de la séance (cf. point 2).

Le total des demandes traitées par la commission s'élève donc désormais à 5109.

De plus, environ 500 demandes considérées par l'unité MCFA comme méritant une approbation figurent déjà sur la liste d'avril. Celle-ci sera transmise début mai aux membres de la commission pour traitement par voie de circulaire.

### **6. Projets d'entraide**

En ce qui concerne les projets d'entraide, peu de choses ont changé depuis la dernière séance. De manière générale, on retiendra que le total des montants demandés excède la somme des fonds disponibles.

### **7. Divers**

La prochaine séance de la commission se tiendra mardi 25 juin 2019 de 10 h à 16 h 30 environ.

Le président remercie tous les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive, et clôt la séance à 16 h 15.